

„Am Naturschutzgesetz kommen wir rechtlich nicht vorbei“

Einladung von Peter Weiß zum Thema „Integriertes Rheinprogramm“ - Nach zweistündiger Diskussion nur einseitige Kompromissbereitschaft spürbar

Region/Wyhl (heb). Wie kompromissbereit doch die vier betroffenen Gemeinden Rheinhausen (Bürgermeister Jürgen Louis), Weisweil (Michael Baumann), Wyhl (Ferdinand Burger) und Sasbach (Jürgen Scheiding), sowie die BI „Polder Wyhl/Weisweil – so nitt“ sind, zeigte sich am Freitagmittag bei einem Termin im Wyhler Rathaus. Dass das Regierungspräsidium Freiburg beim „Integrierten Rheinprogramm“ (IRP) nicht von seiner Meinung abrücken will – auch das wurde einmal mehr deutlich.

Der Bundestagsabgeordnete Peter Weiß hatte zur Abstimmung der weiteren Vorgehensweise bezüglich des bevorstehenden Planfeststellungsverfahrens Rheinpolder Wyhl/Weisweil aufgerufen und eingeladen. Gekommen waren Paul Nemeth als Vorsitzender des AK Umwelt, Klima und Energiewirtschaft in der CDU-Landtagsfraktion sowie die Abgeordneten Sabine Wölfle, Alexander Schoch und Marion Gentges, ebenso Harald Klumpp (Leiter des Referates Integriertes Rheinprogramm) und vom Landratsamt als zuständige Genehmigungsbehörde der Erste Landesbeamte, Hinrich Ohlenroth.

Wenig Verständnis für Untersteller

Hausherr Ferdinand Burger begrüßte und verwies, dass der Termin dazu dienen soll, den Punkt, wo man nicht gleicher Meinung mit dem RP sei „begrifflich“ zu machen. Eigentlich sollte diesbezüglich auch vor Ort



An einem Tisch im Wyhler Rathaus zum Thema IRP und dem Austausch der Argumente. Fotos: Heike Scheiding-Brode

der Polderaum angeschaut werden, aber mangels zeitlicher Begrenzung wurde davon nach zweistündiger Diskussion Abstand genommen. Dass Umweltminister Untersteller, wie Alexander Schoch mitteilte, am 25. Januar von 15.30 bis 16.30 Uhr einen Termin an der Ökologischen Station Taubergießen wahrnimmt und nicht der Einladung der Bürgermeister und Abgeordneten der Region zum Polder Wyhl/Weisweil Folge leiste, das stieß auf wenig Verständnis. Bedauerlich befand es auch Paul Nemeth, dass diese Thematik noch nie in dieser Legislaturperiode im Umweltausschuss auf der Agenda stand, um sich dabei vorurteilsfrei die Argumente anhören zu können. Alexander Schoch verwies, dass es Minister Untersteller problematisch sehe, sich im laufenden Verfahren vor Ort zu zeigen. Schoch erinnerte an die eigentliche Idee des IRP und den deutsch-französischen Verträgen – was allerdings allen präsent war.

Fakt ist auch, dass die vier Gemein-

den nebst BI für einen Hochwasser-schutz sind, um so die Unter-rheinanlieger zu entlasten.

Unverständnis für Flutungen

29 Ordner stehen aktuell beim Landratsamt, die geprüft und gesichtet werden müssen. Peter Weiß sprach sich dafür aus, an dem Polder Wyhl/Weisweil das Schlutensystem

auszuprobieren. Jürgen Scheiding hinterfragte das Gutachten und wie renommiert dieses sei. Zumeist gebe es Vorteile für den, der es in Auftrag gegeben hat. Auch wollte er wissen, warum man nun ökologisch fluten wolle, wenn tatsächlich nur etwa alle zehn Jahre ein Hochwasser kommt. Hier gebe es massive Eingriffe für die Menschen und einen Vergleich mit



Interesse an den Argumenten für die erweiterte Schlutenlösung hatten auch die Politiker am Freitagmittag in Wyhl, v.l. Sabine Wölfle, Alexander Schoch, Peter Weiß, Paul Nemeth und Marion Gentges.

dem Polder Altenheim, der immer gerne angeführt werde, wollte Scheiding auch nicht gelten lassen, weil jeder Polder seine Eigenheiten habe. Klumpp verwies auf das Naturschutzgesetz. „Daran kommen wir rechtlich nicht vorbei“. Und genau hier setzte seiner Meinung nach die ökologischen Flutungen an. 19 Tage im Jahr würde zusätzlich zur Schlutenlösung die komplette Fläche geflutet werden. „Hässlich ausgedrückt machen wir bis auf 19 Tage im Jahr die Schlutenlösung“, äußerte Klumpp weiter.

„Kein vernünftiger Mensch kann hier widersprechen“

Revierförster Alex Schulz erinnerte, dass man bei 8 Metern von Hochwasser spreche. 1999 war eines im Sommer mit 11,20 Metern, 2005 mit 9,85m, 2007 (10,84 m) und 2013 (10,11 m) – stets bis auf 1999 mit minimalen Schäden an der Natur, denn „es kommt darauf an, wann es zu einem Hochwasser kommt“. Dieter Ehret (BI) appellierte abermals für die erweiterte Schlutenlösung mit Waldumbau und Monitoring nach zehn Jahren. „Unserer Kompromisslösung kann doch kein vernünftiger Mensch widersprechen“. Jürgen Louis gab mit einer Präsentation erneut Überblick, „wir bieten ein gestuftes Verfahren an und im Vergleich zu anderen Polder-räumen haben wir doch schon vorhandene Schluten“, sagte er. Die vorgeschlagene Schlutenlösung sei rechtens, auch wenn es keine praktischen Erfahrungswerte gebe. Mikropplastik,

asiatische Tigermücke, Energiebilanz und Wasserrahmenrichtlinien wurden den Abgeordneten verdeutlicht. „Wir wurden schlichtweg vor den Kopf gestoßen, dass dieses Verfahren so schnell eingeleitet wurde und sind maßlos über die Vorgehensweise enttäuscht“, meldete sich Burger. Peter Weiß regte ein zusätzliches Gutachten an.

„Erkenntnisse nicht gewünscht“

„Wir haben uns bewegt, jetzt sind andere dran“, formulierte es Louis und Bernd Nössler (BI) betonte: „Hier muss eine vernünftige Lösung für die Menschen vor Ort her.“ Nach 90 Minuten Diskussion wollte Sabine Wölfle den Vorschlag der Raumschaft mit der Schlutenlösung aufnehmen, sie verstehe nicht, warum das nicht gehen sollte. „Wir können uns nicht über das Naturschutzrecht hinwegsetzen“, antwortete Klumpp, worauf Louis sagte, dass „unsere Lösung auch rechtlich zulässig und besser geeignet ist.“ Ihm komme es so vor, als ob „der Erkenntnisgewinn mit der Schlutenlösung gar nicht gewünscht sei“ und meinte weiter, dass hier um eine politische und nicht um eine rechtliche Frage diskutiert werde. Peter Weiß befand die zwei Stunden dennoch als „tolles Ereignis“, denn neben der Idee mit einem zusätzlichen Gutachten wolle man das Thema als Gespräch im Landtag vertiefen. „Der gemeinsame Weg bedeute bei einem Kompromiss, dass beide Partner aufeinander zugehen“, so Michael Baumanns Schlusswort.